

Ein Brief an Christen in der DDR und ihre Gemeinde-  
vertreter zu den Kommunalwahlen 1989

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Pfingsten 1988 stellten wir in unserem Brief "Neues Handeln" Überlegungen vor, die sich uns als Konsequenz aus dem Synodalantrag "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung" ergaben. Es war und ist unser Anliegen, zur Überwindung der durch Praxis und Prinzip innerer und äußerer Abgrenzung bewirkten Stagnation der sozialistischen Entwicklung unseres Landes beizutragen und die positiven Impulse der Demokratisierungsbemühungen in einigen sozialistischen Ländern Osteuropas aufzunehmen. Unsere Anregung, daß Friedens- und Umweltgruppen der Gemeinden aus ihrer Mitte Kandidaten für die Kommunalwahl am 7. Mai 1989 vorschlagen sollten, zielt darauf ab, die gesetzlichen Möglichkeiten zu nutzen, um einen Schritt zur Überwindung der inneren Abgrenzung des staatlichen Machtsystems gegen eigenständige Verantwortung der Bürger zu tun.

Wir wissen uns einig mit vielen Menschen unseres Landes - Christen und Nichtchristen -, daß die Mitwirkung unabhängiger Abgeordneter in den örtlichen Volksvertretungen darauf gerichtet sein sollte,

- daß die großen Probleme der Versorgung (besonders mit Frischwaren), der Umweltvergiftung, des baulichen Verfalls, der Sozial- und Gesundheitsfürsorge, des Umgangs mit Ausländern, des Alkoholismus etc., vor denen wir allerorts stehen, offengelegt und angegangen werden;
- daß Fälle von Behördenwillkür, Korruption und Begünstigung aufgedeckt und verfolgt werden;
- daß ein offener und öffentlicher gesellschaftlicher Dialog über Weg und Ziel unserer Gesellschaft möglich wird;
- daß sich eigenständige Interessengruppen und Bürgerinitiativen bilden und ihre Anliegen öffentlich bekunden und vertreten;
- daß die Ausschüsse der örtlichen Volksvertreter mehr Initiativen gegenüber den Räten entwickeln und mehr eigene Beschlusvorlagen erarbeiten.

In seiner Rede auf der 7. Tagung des ZK der SED forderte Erich Honecker den VKSK, den DTSB und die Freiwillige Feuerwehr auf, sich mit eigenen Kandidatenvorschlägen an die Mandatsträger, d. h. die Parteien, den FDGB, die FDJ den DFD, den Kulturbund, den Konsum oder die VdgB zu wenden (ND vom 2. 12. 88). Sollte

nicht, was für Kleingärtner, Sportler und Feuerwehrleute gilt, auch für Friedens- und Umweltgruppen gelten?

Was ist zu tun?

Noch im Januar sollten sich diejenigen, die zur Kandidatur bereit sind, beim örtlich zuständigen Gemeinde-, Stadt oder Stadtbezirksrat eine Bescheinigung über ihre Wählbarkeit gemäß § 15 des Wahlgesetzes (GBl. I Nr. 22 1976) einholen. Unmittelbar nach dem Wahlauf-  
ruf der Nationalen Front am 26. 1. 1989 sollten sich die interes-  
sierten Gruppen mit ihrem Kandidatenvorschlag an einen der o. g.  
Mandatsträger wenden und ihn begründen. Zwischen dem 8. 2. und dem  
8. 3. erfolgt die Prüfung der Kandidaten. Wichtig ist dann die  
Teilnahme an öffentlichen Tagungen der Ortsausschüsse der Nationalen  
Front, bei denen gemäß § 18 des Wahlgesetzes die Kandidaten vorge-  
stellt und über ihre Reihenfolge entschieden werden soll. Sie  
sollen zwischen dem 9. und 30. 3. stattfinden. Zu beachten sind  
auch die Hinweise, die in der Rede von Werner Kirchhoff auf dem  
7. Plenum des ZK der SED (ND vom 5.12.88) über die Wahlvorberei-  
tungen gegeben werden.

J e d e r Wähler, auch wenn er nicht an der Aufstellung zusätz-  
licher Kandidaten teilnimmt, sollte sich über das Wahlgesetz infor-  
mieren und über seine Reformwürdigkeit nachdenken sowie Wahl-  
veranstaltungen besuchen.

Lasßen Sie uns gemeinsam an der uns mit vielen Nichtchristen ver-  
bindenden Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit, Freiheit und Menschen-  
würde in der DDR festhalten. Indem wir wider alle Resignation  
für diese Hoffnung aktiv eintreten, stärken wir die Bemühungen  
unserer Mitbürger um Verantwortung und Emanzipation.

Berlin, den 8. Januar 1989

Initiativgruppe "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung"

Michael Bartoszek	Stephan Bickhardt	Martin Böttger
Heinz-Josef Durstewitz	Wolfgang Apfeld	Rainer Flügge
Ludwig Mehlhorn	Rainer Roepke	Wolfgang Ullmann

Für den Friedenskreis der Bartholomäus-Gemeinde:

Hans-Jürgen Fischbeck	Sibylle Gläser	Reinhard Lampe
René Maltusch	Anna Witte	

Für den Friedensgebetskreis der Golgatha-Gemeinde:

Peter Hilsberg	Birgit Körner	Rainer Körner
Reiner Rühle	Volker Schumann	

Für die Projektgruppe Ökologie - Menschenrechte der Arche  
Berlin-Brandenburg:

Claus Brennahl	Sieglinde Hieke	Caterina Hartung
Norbert Burezyk		

Offener Brief  
An den Staatsratsvorsitzenden  
der Deutschen Demokratischen Republik  
Herrn Erich Honecker

Berlin, den 23.1.1989

Sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender!

Zu Ihrer Äußerung über die Berliner Mauer bei der Tagung des Thomas-Müntzer-Komitees am 19.1.1989 (ND vom 21.1.1989) können wir nicht schweigen. Wir verkennen nicht, daß es 1961 Gründe für den Bau der Mauer gegeben hat. Wir bezweifeln auch nicht, daß Sie an der Politik innerer und äußerer Abgrenzung festhalten, weil Sie davon überzeugt sind, daß dies im wohlverstandenen Interesse der Bevölkerung der DDR liegt.

Wir als Bürger dieses Landes sind jedoch anderer Meinung. Mit unserer Initiative "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung" setzen wir uns aus christlicher Verantwortung für eine Überwindung dieser Politik ein, weil wir wissen, daß sehr viele Menschen unseres Landes darunter leiden. Wir sind in der DDR aufgewachsen und wissen, wovon wir reden. Wir haben die tiefgreifenden Schäden, die die innere und äußere Abgrenzung unserer Gesellschaft zugefügt hat benannt und in einem von uns getragenen Zeugnis der Betroffenheit in der Ökumenischen Versammlung der Kirchen der DDR zur Sprache gebracht. Das breite zustimmende Echo, das wir damit gefunden haben, bestärkt uns in der Berechtigung unseres Anliegens.

Jeder weiß, daß die Mauer nicht gegen irgendwelche Räuber nach außen, sondern vor allem nach innen gerichtet ist. Unser Land braucht eine Stabilität durch Gerechtigkeit und nicht eine Stabilität der Angst, die durch innere und äußere Abgrenzungen gesichert werden muß. Unser Land braucht wirkliche Stabilität, die sich nur auf einen gesellschaftlichen Grundkonsens gründen kann. Damit er sich zeigen und wachsen kann, fordern wir mit der Ökumenischen Versammlung die Ermöglichung und Eröffnung eines freien ehrlichen und öffentlichen Dialogs aller Gruppen und Kräfte unserer Gesellschaft (Glasnost). Das wäre der erste und wichtigste Schritt zur Beseitigung der heute noch wirkenden Gründe für den Fortbestand der Mauer. Mit Edward Schewardnadse (Außenminister-treffen der KSZE in Wien) halten wir ihre Überprüfung für dringend erforderlich. Es sind vorwiegend innere Gründe, nicht äußere. Es liegt an Ihnen, Schritte zu ihrer Überwindung einzuleiten und zu ermöglichen. Wir und unsere Kinder wollen nicht noch fünfzig Jahre warten.

Hochachtungsvoll

Für den Initiativkreis "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung":

gez. Michael Bartoszek  
gez. Martin Böttger  
gez. Dorothea Höck  
gez. Reinhard Lampe  
gez. Kathrin Schulz

gez. Stephan Bickhardt  
gez. Hans-Jürgen Fischbeck  
gez. Friederike Lampe  
gez. Ludwig Mehlhorn

Für den Friedenskreis der Bartholomäusgemeinde Berlin:

gez. Almuth Berger  
gez. Jochen Gläser  
gez. René Maltusch

gez. Jutta Fischbeck  
gez. Sibylle Gläser